



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ende 1835 der Pforte zur Bestätigung vorlegte. Die Pforte versagte ihre Zustimmung, da Oestreich und Rußland es widerrathen, und schickte erst 1836 eine verbesserte Auflage in Form eines Hatischeris zurück. Auch diese Verfassung war sehr freisinnig, wurde indeß von Milosch so wenig gehalten, als jene erste von ihm gehalten worden wäre. Er regierte nach Belieben, vernachlässigte die Pflicht, die Skupschtina zu berufen und verwandelte noch mehr Handelszweige als früher in Monopole. Rußland, das ihm stets wohlgewollt, ließ ihn warnen, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Er indeß beachtete die Warnung nicht, vielleicht weil er sich sehnte, auf dem ersparten und außer Landes geschafften goldnen Segen seines bisherigen Regiments ein paar Jahre auszuruhen.

In letzterem Falle wurde seinem Wunsche Erfüllung. 1839 ging vom Senat eine Bewegung aus, die ihn zur Abdankung zwang. Wutschitsch, der 1835 das Land verlassen hatte und jetzt zurückgekehrt war, kündigte ihm kurz und bündig an, man wolle ihn nicht mehr. Milosch erwiderte ebenso kurz angebunden, dann werde er gehen, übertrug die Regierung seinem ältesten Sohne Milan und verfügte sich zu seinen Dukaten nach Wien und später auf seine Güter in der Walachei.

Von der preussischen Grenze.

Die Abgeordneten haben nun zum größeren Theil einen Platz in den Fraktionen gefunden: die liberale Partei zählt 148 Mitglieder (wir erlauben uns den verehrten Präsidenten noch immer dazu zu rechnen, obgleich er formell an den Sitzungen nicht mehr Theil nimmt), das bisherige protestantische Centrum 41, das neue katholische Centrum 56, die Polen 17, die reactionäre Partei 39. Wie sich nun diese Fraktionen zu den bestimmten staatswirthschaftlichen Fragen verhalten werden, bei denen es sich mehr um eine concrete Einsicht in die Sache als um eine allgemeine politische Farbe handelt, kann man noch nicht ermessen. Die Wahlprüfungen haben wenigstens ein sehr erfreuliches Resultat gehabt: der Minister des Innern hat das vielfach angefochtene Verfahren einiger unter den Wahlcommissarien, die sich wenigstens indirect auf seine Autorität den andern Ministern gegenüber beriefen, entschieden gemißbilligt und Abhilfe und Untersuchung versprochen. Diese Einigkeit innerhalb des Ministeriums, die von unsern Gegnern so häufig angezweifelt wurde, verspricht eine gedeihliche Entwicklung unseres Rechtszustandes.

Mit großer Freude haben wir auch in diesen Vorverhandlungen eine Stimme begrüßt, die leider seit drei Jahren verstummt war. Wir haben uns von der Zweckmäßigkeit des Platzwechsels, den, wie es heißt, hauptsächlich der Freiherr v. Vincke angeregt, nicht überzeugen können, und wir werden vielleicht noch manchmal in

die Lage kommen, einzelnen Ansichten desselben zu widersprechen, und doch bleibt er unter all den ehrenwerthen Männern, die im Allgemeinen unsere Sache vertreten, unser Stolz und unsere Freude. Wenn das freie Wort einer der wichtigsten Vortheile ist, die sich an das parlamentarische Wesen knüpfen, so muß uns eine Stimme unschätzbare sein, die sich im Ernst vernehmlich macht. Im vereinigten Landtage handelte es sich zuweilen um politische Fragen, die dem deutschen Ausland nicht ganz verständlich waren; was aber Vincke sagte, war allen vollkommen deutlich, prägte sich allen tief ins Gedächtniß ein; und so wars wiederum in der Paulskirche, so wars in der zweiten Kammer seit der Einführung unserer Verfassung, und schon in den wenigen Tagen, die seit der Einberufung des neuen Landtags verstrichen sind, hat sich gezeigt, wie viel ein rücksichtsloser und unumwundener Ausdruck dessen, was alle Welt im Stillen denkt, werth ist. Mehr als irgend ein anderes Volk sind wir Deutschen zur Undankbarkeit geneigt, und so hat man auch an dieser schroffen eckigen Natur vielfach Anstoß genommen; man sollte aber nicht vergessen, daß eine solche Natur dazu gehört, dem Unrecht überall ins Gesicht zu schlagen, wo es sich zeigt und daß man es einem kräftigen Arm, dessen man in den Zeiten der Noth bedarf, schon nachsehen muß, wenn er mitunter unnöthige Kraftproben anstellt.

Die erste Handlung des neuen Landtags ist der Entwurf einer Adresse gewesen. Wenn wir uns im Allgemeinen der Ansicht derjenigen anschließen, die gegen die französische Manier einer jährlichen Adressdebatte protestiren, so war sie diesmal nicht bloß erlaubt, sondern geboten. Es handelte sich zunächst darum, dem Regenten den Dank, den heißen Dank der Nation auszusprechen für das, was er gethan. Er hat bereits sehr viel gethan, viel mehr als man jetzt anerkennen will, da es sich in einzelne kleinere Zeiträume zerspalтет; und er hat es gethan ohne irgend einen äußern Drang, nach seiner eigenen fürstlichen Ueberzeugung von Recht und Pflicht. — Es handelte sich ferner darum, im Namen des gesammten Landes feierlich zu erklären, daß alle Insinuationen gegen die liberale Partei, die Majorität des jetzigen Landtags, als gehe sie darauf aus die Rechte der Krone zu verkürzen, auf Lüge und Verleumdung, beruhen; daß niemand eifriger darauf bedacht ist, den altpreussischen Geist, die altpreussische Tradition zu erhalten und die Macht und das Ansehn der preussischen Krone zu erhöhen als wir.

Es zeugt von dem richtigen Takt der Mehrheit, daß sie für diese Erklärung eine Form gefunden, der sich alle Parteien anschließen können. Die Herrn von der Kreuzzeitung gaben sich in der letzten Woche das Ansehn, als habe sie die Thronrede völlig befriedigt, als sei sie eine schlagende Widerlegung all der Hoffnungen, welche das Land auf die neue Regentschaft gesetzt. Wir finden vielmehr, daß diese Worte im vollkommenen Einklang mit den Thaten stehn, über die wir uns gefreut haben. Freilich spricht und sieht ein Fürst anders, als wir, die Bürger sehn und sprechen; sein Standpunkt ist ein anderer und muß ein anderer sein. Es ist aber eben ein Glück für Preußen, daß wir von diesen verschiedenen Standpunkten aus das nämliche Ziel vor Augen haben. Die Macht und das Ansehn der Krone ist nicht bloß der Stolz des preussischen Bürgers, sondern die Garantie für sein Wohl, und die Freiheit und Zufriedenheit des Bürgers, der zugleich das Heer Preußens bildet, ist die sicherste Bürgschaft für die Macht der Krone. Wir haben angekämpft gegen jenen bösen Geist des Mißtrauens, der aus blöder Gespensterfurcht vor der

Revolution unsere Freiheit beeinträchtigte, unser Rechtsgefühl abstumpfte, der in hastigem, unruhigem Experimentiren fortwährend an den Grundfesten des Staats rüttelte, die bestehenden Verhältnisse nach romantischen Doctrinen umzuformen suchte, und zu dieser Umformung Mittel und Werkzeuge anwendete, die noch schlimmer waren als der vorgestellte Zweck. Dieser böse Geist ist jetzt gebannt, und mit vollem Vertrauen stehen wir dem Fürsten gegenüber, der uns so reiches Vertrauen geschenkt hat, und der in seinem strengen Pflichtgefühl, was er für recht und nothwendig hält, uns frei gewähren wird, ohne zu glauben, der Krone etwas zu verzeihen. Thun wir nun auf unserm Standpunkt unsere Pflicht, wie er die seinige thun wird.

In der Thronrede waren die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten als freundlich bezeichnet. Diese Erklärung hat im Ausland um so mehr Sensation gemacht, da sie in einem Augenblick gegeben wurde, wo der politische Horizont von schweren Wetterwolken bedroht schien. Zwar sind diese jetzt im Begriff sich zu ziehen, aber nur für den Augenblick, und grade die momentane Ruhe macht es möglich und wünschenswerth, uns offen über ein Verhältniß auszusprechen, mit welchem die Ehre des preussischen Staats, das Wohl aller seiner Bürger aufs innigste verknüpft ist.

Die öffentliche Meinung hat sich bereits laut dahin ausgesprochen, daß dem, was in den letzten Wochen vorging, ein schwerer Frevel zu Grunde liegt. Was für eine Absicht vorlag, die Leidenschaft der Italiener aufzustacheln, wenn man doch entschlossen war, nicht Ernst zu machen, können wir nicht entscheiden, vielleicht hat das Börsenspiel einen nicht unerheblichen Antheil daran. Der vorläufige Erfolg ist eine Befestigung der österreichischen Herrschaft in Italien, die man diesmal dem kräftigen Auftreten der Oestreicher wol gönnen mag. Indes ist dieser Erfolg nur ein vorübergehender, da die Ursachen des Zornes, die Unzufriedenheit der Italiener, der anarchische Zustand der Donauländer und die Eifersucht Rußlands und Frankreichs auf Oestreich fortbestehn. Preußen hat sich also klar zu machen, welche Stelle in diesem Conflict, der früher oder später ausbrechen muß, seiner Ehre und seinem Interesse zukommt.

Preußen hat an dem Ruhm des siebenjährigen Krieges ein reiches politisches Capital, aber auch eine Last. Durch das Gefühl dieses Ruhmes hat es namentlich innerhalb Deutschland Ansprüche und Befürchtungen rege gemacht, die über den wahren Sachverhalt hinausgehn. Es ist namentlich seit 1814 officiell in den Rath der Großmächte aufgenommen, und hat damit nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht übernommen, auch in denjenigen europäischen Angelegenheiten seine Stimme abzugeben, die mit seinen unmittelbaren Interessen nichts zu thun haben. Der wiener Congreß hat einen Staat geschaffen, der in seiner geographischen Grundlage auseinandergerissen ist, und daher nothwendigerweise das Streben haben muß, sich abzurunden, sei es in der Form der alten Arrondirung, oder durch organische Bündnisse, kurz durch eine Union in der Weise von 1849, wenn wir auch keineswegs gemeint sind, die ungeschickte Form dieses Versuchs zu vertreten. Durch eigene Kraft kann Preußen nicht daran denken, sich zu erweitern: seitdem die Eisenbahnen erfunden sind, würde auch ein Friedrich der Große durch die Uebermacht in einem halben Jahr erdrückt werden. So ist es auf Allianzen angewiesen und es liegt

nabe, daß es seine Stellung als Großmacht zu seinen Privatzielen ausbeutet, daß es in Angelegenheiten, die seinen eigenen Vortheil nicht berühren z. B. in Italien oder im Orient, denjenigen Großmächten seine Stimme gibt, die ihm einen realen Gewinn in Aussicht stellen.

So und nicht anders wird jedes preußische Ministerium die Sache auffassen, so hat sie auch das Ministerium Manteuffel aufgefaßt, nur daß es von dem falschen Princip ausging, es auf die Entscheidung des Zufalls ankommen zu lassen. Diese Art von Politik empfiehlt sich der Furchtsamkeit, da man sich stets überreden kann, der letzte entscheidende Augenblick sei noch nicht gekommen; wie gefährlich sie aber ist, lehrt das Beispiel von 1805 und 1806. Oestreich konnte 1812 eine solche Politik verfolgen, weil es stark genug war, dem Anprall ohne Gefahr des völligen Untergangs Widerstand zu leisten; Württemberg weil es zu schwach war, um Reid zu erregen; Preußen ist in der gefährlichen Mittelstellung, die den Reid herausfordert ohne zum letzten entscheidenden Widerstand zu befähigen. Wenn Preußen aus seiner Lage Vortheil ziehen will, so darf es den letzten Augenblick nicht abwarten.

In der gegenwärtigen Gruppierung der Großmächte treten nun unter den preußischen Staatsmännern drei verschiedene Ansichten hervor.

Die eine, bis jetzt die Minorität, räth zu einer Wiederaufnahme der altenfranzösischen Politik, d. h. zu einem Bündniß, welches, auf die Erweiterung des eignen Staats gerichtet, die Spitze gegen Oestreich kehrt. Die Möglichkeit eines solchen Bündnisses wird niemand bestreiten, ebenso wenig die Gefahren, die es für Deutschland hat, denn als letztes Resultat einer solchen Combination hätten wir einen Krieg, wie wir ihn seit 45 Jahren nicht gekannt haben und der Ausgang entzieht sich der Berechnung.

Die zweite Ansicht fordert einen strengen Anschluß an Oestreich. Wenn wir von den Gefühlspolitikern absehen, die sich vom bloßen Instinct leiten lassen, so wird der letzte Zweck eines solchen Bündnisses durch die Broschüre „Politik der Zukunft“ ausgedrückt. Der Verfasser geht zwar weiter, als man bei nüchterner Auffassung der Dinge gestehn mag, aber der Sinn bleibt doch immer, daß Preußen ohne Widerspruch Oestreichs etwas in der Art der Union einrichtet und seinerseits Oestreich überläßt, die ihm angehörigen Elemente an sich zu ziehen. Auch hier liegt die Möglichkeit auf der Hand. Freilich ist die Wahrscheinlichkeit gering, daß Oestreich, so lange es sich nicht um seine Existenz handelt, zu einem solchen Vorschlag die Hand bieten werde. Darum war grade im gegenwärtigen Augenblick Preußens Lage so schwierig. Daß es absurd gewesen wäre, von Preußen zu verlangen, es solle über seine Bundespflicht hinausgehn und Gut und Blut daran setzen, um den österreichischen Besitzstand in Italien zu sichern, ohne irgend eine Gegenleistung von Seiten Oestreichs, steht jeder ein: aber diese Gegenleistung genau zu formuliren, wäre keine leichte Aufgabe gewesen.

Es gibt für Preußen noch einen dritten Weg. Die norddeutsche Union liegt so sehr im Interesse aller Betheiligten, daß nur das Mißtrauen der deutschen Fürsten gegen weitere Uebergänge Preußens sie zu Feinden derselben macht. Dieses Mißtrauen bezieht sich hauptsächlich auf die Zwitterstellung Preußens. Preußen hat ein schlagfertiges Heer, das über seine natürlichen Kräfte hinausgeht, bei dem man also weitere Zwecke voraussetzen muß, wenn man der preußischen Regierung nicht eine falsche

Rechnung zutrauen will. Dieses Mißtrauen würde aufhören, sobald Preußen sich eines Theils seiner kriegerischen Rüstung entkleidete und eine offene und consequente Friedenspolitik verfolgte. Sobald die mittlern und kleinern Staaten Deutschlands aufhören würden Preußen zu fürchten, sobald sie an ihm einen Schutz gegen jede Unruhe fänden, so würde der Zollverein in seinem ganzen gegenwärtigen Umfang nicht bloß in Handelsbeziehung eine Wahrheit werden, und so lange Preußen sich im Verein mit den übrigen deutschen Regierungen bereit erklärt, seine Bundespflichten zu erfüllen, die über den Umfang des deutschen Bundes nicht hinausgehn, so würde auch Oestreich keinen rechtlichen Einspruch dagegen erheben können. Vielleicht ist dieser Weg der sicherste, allein ihm widersprechen die altpreussischen Traditionen. Es scheint eine Erniedrigung, sich aus dem großen europäischen Congreß in die bescheidene deutsche Reichsversammlung zurückzuzieh'n und Gefühle sind zuletzt ein Factor, der bei politischen Combinationen auch in Rechnung kommen muß.

Jeder dieser drei Wege ist möglich, jeder hat seinen Vortheil, jeder seine ernstern Bedenken. Für heute machen wir, ohne uns auf eine nähere Untersuchung einzulassen, nur auf eins aufmerksam: Preußen kann nur dann fortschreiten, wenn es einen dieser drei Wege wählt und dann mit rücksichtsloser Entschiedenheit ohne irgend einem Bedenken Gehör zu geben, auf demselben verharret. Das Abpringen von einem Weg auf den andern, welches Preußens Politik namentlich seit 1848 charakterisirt, hat dem Staat keinen Segen gebracht, und würde bei jedem ernstern weltumfassenden Conflict die Gefahr des Untergangs nach sich ziehn. ††

Literatur.

Die deutsche Trachten- und Modenwelt. Von J. Falke. 2 Theile. — Leipzig, Verlag von G. Mayer. 1858. — Eine Geschichte der deutschen Kleidertrachten von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart, die sich dadurch vor andern auszeichnet, daß der Verfasser die Moden nicht als bloße Geschöpfe des Zufalls, sondern als Züge der geistigen Physiognomie der jedesmaligen Zeit, als Ausprägung des Charakters der einzelnen Entwicklungsperioden ansieht und demgemäß behandelt. Neben vielem Treffenden läuft bei dieser Auffassung manches Willkürliche mit unter. Im Ganzen aber muß das Werk als eine fleißige und geschickte Arbeit und als ein willkommener Beitrag zur deutschen Culturgeschichte bezeichnet werden, der den Bestrebungen, welche sich an das germanische Museum in Nürnberg knüpfen, Ehre macht.

Verantwortlicher Redacteur: D. Moriz Busch — Verlag von F. L. Herbig in Leipzig.

Druck von C. C. Albert in Leipzig.